

Wochenblatt

für Pulsnik, Königsbrück, Radeberg, Radeburg, Moritzburg und Umgegend.

Erscheint:
Mittwochs und Sonnabends.
Abonnementspreis:
(einschl. des jeder Sonnabend-Nr.
beiliegenden Sonntagsblattes)
Vierteljährlich 1 1/2 Rthl.

Amtsblatt der Königlichen Gerichtsbehörden und der
städtischen Behörden zu Pulsnik und Königsbrück.

Geschäftsstellen
für

Königsbrück: bei Herrn Kaufmann
R. Tschersich Dresden: Annonce-
Bureau's Haafenstein & Bogler, Ju-
valienbank, W. Saalbach. Leipzig:
Rudolph Mosse, Haafenstein
& Bogler. Berlin:
Centralannoncenbureau für
sämmtliche deutsche Zeitungen.

Inserate
werden mit 10 Pfennigen für den
Raum einer geschalteten Corpus-
Zeile berechnet u. sind bis spätestens
Dienstag und Freitag's Vormittag
9 Uhr hier anzugeben.

Einunddreißigster Jahrgang.

Buchdruckerei von Ernst Ludwig Förster in Pulsnik.
Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Paul Weber in Pulsnik.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekanntem Firmen und Personen nehmen wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteingahlung auf. Anonyme Annoncen, oder solche, welche Beleidigungen enthalten, werden keinesfalls aufgenommen, mag der Betrag beiliegen oder nicht. Exped. des Amtsblattes.

Sonnabend.

No 94.

22. November 1879.

Bekanntmachung.

Mit Ablauf dieses Jahres scheiden in Gemäßheit § 42 der revidirten Städteordnung vom 24. April 1874 aus dem Stadtverordneten-Collegium und zwar aus der Zahl

- A., der Ansfässigen:**
1., Herr Pfefferküchler Oscar Thomas,
2., " Schnitthändler Friedrich Hahn,
3., " Töpfermeister Heinrich Sperling,
B., der Unanfässigen:
4., Herr Drechslermeister Karl Haufe.

4 80.

Demzufolge sind zu wählen aus der Mitte der Bürgerschaft

drei ansässige und ein unansässiger

Stadtverordnete.

Zur Wahl selbst ist

Freitag, der 5. December 1879,

anberaumt und werden daher alle stimmberechtigten Bürger hiesiger Stadt aufgefordert, gedachten Tages von
Vormittags 9 Uhr bis Nachmittags 1 Uhr
persönlich im Sitzungszimmer des hiesigen Rathhauses die mit den Namen der Gewählten deutlich bezeichneten Stimmzettel zu überreichen.
Die Stimmzettel werden jedem Bürger vor dem Wahltag behufs deren Ausfüllung mit den Namen der zu Wählenden zu-
gestellt werden.
Pulsnik, am 20. November 1879.

Der Stadtrath.
Schubert, Brgrmstr.

Bekanntmachung.

Mit Schluß des laufenden Jahres scheiden verfassungsmäßig aus dem hiesigen Stadtgemeinderathe die Stadtverordneten

- 1., Herr Bürstenfabrikant Schulze,
2., " Gasthofsbesitzer Krazmann und
3., " Schuhmachermeister Hartwig.

Zu wählen sind demnach drei Stadtverordnete, zwei angeessene und ein unangeessener und zur Ergänzung drei Ersatzmänner, zwei angeessene und ein unangeessener.
Die stimmberechtigten Bürger hiesiger Stadt werden deshalb ersucht,

Montag, den 8. December c., von 10-1 Uhr, Vormittags,

in dem von uns anberaumten Wahltermine persönlich im Rathszimmer zu erscheinen und ihre Stimmzettel mit 6 Namen, unter Angabe des Standes oder Ge-
werbes, der zu wählenden Personen zu versehen und dem anwesenden Wahlschuffe zu überreichen.
Wir bringen dieses noch mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß, daß die gedruckten Wahlzettel den stimmberechtigten Bürgern am Tage vor der Wahl zu-
gestellt werden.
Königsbrück, am 18. November 1879.

Der Stadtrath.
A. Peter, Brgrmstr.

Bekanntmachung.

Bei dem am 10. dieses Monats stattgehabten Feuer sind verschiedene Geräte (Laternen, Schlauchschlüssel etc.) abhanden gekommen. Ich ersuche deshalb die be-
treffenden Inhaber dieser Gegenstände, dieselben sofort an den Gerätemeister Herrn Pfeffer jun. abzugeben, widrigenfalls ich die strengsten Maßregeln gegen die Be-
treffenden ergreife, warne aber gleichzeitig Jedem künftig sich bei Bränden und Uebungen an den Feuerlöschgeräthen nicht zu vergreifen.
Königsbrück, am 17. November 1879.

Der Bürgermeister.
A. Peter.

England und Rußland.

Die europäische politische Lage, deren Zustand längere Zeit als unklar und getrübt bezeichnet werden mußte, da der Schachzug des Fürsten Bismarck in Wien die anderen Mächte zeitweise aus ihren bisherigen Positionen trieb und einen schwankenden Zustand in der Politik erzeugen mußte, wird demnach in einigen Kernpunkten nachhaltige Veränderungen zeigen. Deutschland und Oesterreich-Ungarn werden festhalten an dem engeren Anschlusse, von welchem die Völk. r beider Großstaaten ihr natürliches Heil erblicken. Rußland kann niemals wagen, gegen den deutsch-oesterreichischen Bund etwas Ernstliches zu unternehmen, denn noch nie seit dem Bestehen des russischen Reiches hat eine solche mächtige Coalition an seinen Grenzen gestanden, ebenso wird die Berliner und Wiener Diplomatie ihrer Sache viel zu sicher sein, um sich von russischen Intriguen und Vorwiegungen auf politisches Glatteis verlocken zu lassen, und da es aus diesen Gründen ein Uebing von Rußland wäre, sich dauernd in einen feindseligen Gegensatz zu Deutschland und Oesterreich zu stellen, so ist man in Rußland zu dem Schlusse gelangt, daß die getrübteten Beziehungen zu Deutschland und Oesterreich möglichst

freundlich wieder gestaltet werden müssen. Nach dem Abschlusse des engeren Bundes zwischen Deutschland und Oesterreich, der sich, wie man aus den in Berlin begonnenen Verhandlungen ersieht, auch auf Handel und Verkehr bezieht, war die Wiederaufrichtung des alten Dreikaiserbundes doch zur Unmöglichkeit geworden, deshalb kam der Kaiser Alexander nicht nach Berlin, wohl sandte er aber seinen Sohn und Thronfolger, den Großfürst Alexander nach Wien und Berlin, um offenbar damit darzutun, daß Rußland ein Fortbestehen freundschaftlicher Beziehungen zu Deutschland und Oesterreich ernstlich wünsche. Doch woher kommt dieser Umschlag in der russischen Politik oder wodurch wurde er vielmehr beschleunigt? Die Unmöglichkeit, gegen Deutschland und Oesterreich seine Eroberungspläne einzurichten, lag wohl für Rußland klar am Tage, doch Deutschland und Oesterreich sind sozusagen nur friedliche Gegner Rußlands, aber einen unversöhnlichen, feindlichen Gegner bei allen seinen Eroberungsplänen besitzt Rußland in England. Wohl hat der russische Kolos sich redlich bemüht, durch die diplomatischen Künste des Grafen Schuwaloff eine friedliche Auseinandersetzung mit der englischen Colonialmacht herbeizuführen. Es liegen sichere Anzeichen dafür da. Bedeutende russische Staatsmänner

und Geschichtsforscher schrieben im Sinne einer russisch-englischen Aussöhnung, welche dazu bestimmt sei, die Cultur im ganzen Orient zu verbreiten, der russische Botschafter Graf Schuwaloff in London hat gewiß Wunder von Aussöhnungskünsten gethan und Rußland war geneigt, im vorderen Theile von Kleinasien und in Centralasien der englischen Colonialmacht wesentliche Concessionen zu machen, wenn England den übrigen Theil der Türkei dem russischen Ehrgeiz überließe. Kühl und starr hält aber England seine Hand auf Konstantinopel und die umliegenden Meerestrafen und will hier dem russischen Kolos auch keinen Finger breit weichen, denn dort am goldenen Horn erblickt England gleich Rußland den Glanzpunkt seiner Welt Herrschaft. Diese englische, unbeugsame Zähigkeit mußte für Rußlands Politik entscheidend sein. Der Kaiser Alexander sah ein, daß mit England ein Ausgleich unmöglich sei, weshalb er den Grafen Schuwaloff vom Londoner Botschafterposten abberief und die Versöhnungspolitik Englands gegenüber abbrach. Welcher Zustand zwischen Rußland und England nun eintreten wird, lehren die Verhältnisse. Der russische Botschafterposten in London ist zunächst nicht wieder besetzt worden, es hat dies offenbar keine Eile, worin gewiß ein deutlicher Finger-

zeigt für die politischen Gegensätze zwischen England und Rußland enthalten ist. Zudem kämpfen beide Orientsmächte in Konstantinopel um ein Bündniß mit dem Sultan, denn unter dem Mantel eines solchen Bündnisses läßt sich schließlich die Türkei am bequemsten annektieren. Auge im Auge stehen England und Rußland am Bosporus und ihre Gegnerschaft wird künftig der hervorsteckendste Moment in der politischen Lage Europa's sein.

Zeitereignisse.

Dresden, 18. Novbr. Sr. Maj. der König wird in Folge einer Einladung Sr. Maj. des Kaisers zur Jagd am 21. d. in Berlin eintreffen.

Die Finanzdeputation der 2. Kammer ist mit Eifer in die Vorberatung des Staatshaushaltes eingetreten. Dabei hat die vorgeschlagene Theilung der Dresdener Amtshauptmannschaft großen Widerspruch erfahren. Zwar würde diese Maßregel, da zugleich die Aufhebung der amtshauptmannschaftlichen Delegation in Postschappel bewirkt werden soll, finanziell zunächst die Staatskasse nicht erheblich belasten, aber die Abgeordneten fürchten, daß der hintende Bote nachkommt. Wenn sie jetzt zu den zwei Amtshauptleuten A sagen, müssen sie später zu einem zweiten Bezirkschulinspektor und Bezirkskriegerarzt für Neustadt-Dresden B sagen. Vorläufig hat die Finanzdeputation die Theilung der Amtshauptmannschaft abgelehnt, doch will sie erst die Gegengründe des Herrn Ministers von Kostitz-Wallwitz hören.

An die sächsische Regierung ist von dem Uhrmacherverein des Meißner Hochlandes und der nordwestlichen Oberlausitz, sowie vom Uhrmacherverein der östlichen Oberlausitz eine Petition gerichtet worden, für den Bau eines Schulgebäudes zur deutschen Uhrmacherschule in Glaschütte helfend einzutreten, sei es durch Gewährung eines zinsfreien Darlehns oder eines einmaligen Beitrags. Die vor 1 1/2 Jahren zu Glaschütte durch den rührigen und zu entschiedenem Segen wirkenden Centralverband der deutschen Uhrmacher begründete deutsche Uhrmacherschule erfreut sich aus den verschiedensten deutschen Staaten solchen Schülerzuflusses, daß die Räume nicht mehr zureichen, die zunächst für diese Fachschule bestimmt waren. Glaschütte selbst ist eine zu unbemittelte Gemeinde, als daß sie auf ihre Kosten den, wenn auch bescheidenen Bau ausführen könnte; es liegt aber im Interesse der guten Sache, die Anstalt dort zu belassen, da ausgezeichnete Kräfte im Uhrmachergewerbe sich daselbst konzentriren, und weiter im Interesse Sachsens, sich eine Schule zu erhalten, welche die weitere Entwicklung speziell auch der sächsischen Uhrenindustrie ermöglicht.

Aus Leipzig schreibt man dem „V. A.“: Es zeigt sich schon mehr und mehr, daß diejenigen Mitglieder des Reichsgerichtes, welche mit Unlust hierhergekommen, recht bald anderer Meinung geworden sind. Bei einem in diesen Tagen vom kaufmännischen Verein abgehaltenen Feste hat der Reichsgerichtsrath Dr. von Grävenitz, welcher früher Rath am preussischen Obertribunal war und als Abgeordneter des Reichstages aus seiner Abneigung gegen Leipzig kein Hehl machte, einen Trinkspruch auf die Stadt Leipzig ausgebracht, in welchem das offene Bekenntniß enthalten ist, daß die Herren vom Reichsgerichte sich sammt und sonders in Leipzig schon recht wohl fühlen und eine zweite Heimath finden werden.

Berlin, 20. November. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat sich veranlaßt gesehen in Abrede zu stellen, daß die preussische Regierung die Absicht habe, eine Personalunion zwischen dem Reichseisenbahnamt und dem preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten, d. h. der preussischen Staatsbahnverwaltung herbeizuführen. Der „N.-Ztg.“ wird aus kompetenter Quelle mitgetheilt, daß diese Nachricht jeder Begründung entbehre. Die Bedeutung dieses Dementis wird zur Genüge klar gestellt durch die Thatsache, daß die „N. A. Z.“ nicht in der Lage ist, in Abrede zu stellen, daß der von Herrn Maybach ausgearbeitete und von dem Reichskanzler dem Bundesrath vorgelegte Entwurf eines Reichseisenbahngesetzes den erwähnten Passus des § 2. des Gesetzes über das Reichseisenbahnamt, der die oben erwähnte Absicht unausführbar macht, aufheben will. Die „N. A. Z.“ leugnet also der Öffentlichkeit gegenüber eine Absicht der preussischen Regierung, welche Herr Maybach den Bundesregierungen gegenüber durch eine Gesetzesvorlage eingestekt.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt unterm 20. d. M.: Unsere vor einiger Zeit gebrachte Mittheilung, daß die Absicht vorliege, das gesammte Versicherungswesen in den Händen des Staates zu konzentriren, scheint ihre Bestätigung finden zu sollen. Schon dieser Tage verlautete, daß der Wirkliche Geheim Ober-Regierungsrath Wagener zur Ausarbeitung eines derartigen Projektes nach Barzin berufen sei, und heute meldet das „Fremdenblatt“, daß Dr. Adolf Wagner, der bekannte Professor der Nationalökonomie, einen gleichen Ruf erhalten habe, um seine Meinung über einen Gesetzesentwurf, der das Versicherungswesen betreffe, dem Reichskanzler zu unterbreiten. Es ist natürlich, daß diese Nachrichten in dem oben angegebenen Sinne ausgelegt werden. Zu verwundern wäre übrigens nach Allem, was wir unter unseren Augen haben vor sich gehen sehen, eine derartige Absicht der Regierung keineswegs. Wenn dieselbe sich mit dem ernstlichen Projekt tragen konnte, unter Umständen die gesammte Tabakindustrie zu monopolisieren, wenn wir sie jetzt wieder mit allem Eifer am Werke sehen, das ganze Eisenbahnwesen in Staatsver-

waltung zu nehmen, so kann es kaum noch befremden, daß sie die Idee gefaßt hat, auch das weitverzweigte und im Ganzen einen nicht unansehnlichen Reingewinn abwerfende Versicherungswesen zu verstaatlichen. Es ist das unstrittig ein Gedanke, der dem sozialdemokratischen Wirtschaftsweisen, das bekanntlich das ganze bürgerliche Leben ohne Ausnahme von Staatswegen zu leiten und zu beherrschen strebt, wenigstens nahe verwandt ist.

Das Stadium in welchem sich die Verhandlungen über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag befinden, ist dem Anschein nach dasselbe, wie im vorigen Jahre etwa um dieselbe Zeit. Nachdem gerade wie im Vorjahre die Ankunft der österreichischen Unterhändler oft genug in Aussicht gestellt und wieder verschoben wurde, sind sie nun endlich da und die Unterhandlungen haben begonnen. Aber auch diesmal kann es noch nicht Zweck derselben sein, an die Stelle des Provisoriums, das bis zum 1. Januar gilt, gleich einen neuen definitiven Handelsvertrag zu setzen, denn es gehört dazu die Zustimmung des Reichstages. Vorläufig kann es sich nur um ein Verlängerung des Provisoriums handeln. Inzwischen aber wird die Aufstellung der Grundzüge, auf denen der künftige definitive Vertrag errichtet werden soll, immer dringender. Ein solcher Versuch mußte im vorigen Jahre scheitern, da die Pläne zur Umwälzung unserer deutschen Wirtschaftspolitik in den leitenden Kreisen bereits entworfen waren und theilweise kein Geheimniß blieben. Von Oesterreich-Ungarn ward der Aufschub ohne Schwierigkeit bewilligt, weil man in lobenswerther Vorsicht die thatsächlichen Wirkungen des kurz vorher vereinbarten Steuerausgleichs zwischen den beiden Reichshälften glaubte abwarten zu müssen. Da die deutsche Wirtschaftspolitik sich unterdessen klar entwickelt hat, so muß es sich nun zeigen, ob neben den formellen notwendigen Stipulationen über die Verlängerung des Provisoriums zugleich ernsthaft an die vorbereitende Arbeit für die künftige Gestaltung der Vertriebsbeziehungen gegangen werden kann. Wünschenswerth wäre allgemeine Zollherabsetzung für Deutschland schon deswegen, weil sich die geographische Phsyonomie seit dem vorigen Jahre etwas verschoben hat. Oesterreich bringt durch die Einbeziehung Bosniens und der Herzegowina in seine Zollgrenze neue Territorien auch für unseren Handelsvertrag als Mitgift mit; und da der Weg nach Bulgarien und Serbien für uns über Oesterreich führt, so tritt die erhöhte Bedeutung eines engeren Anschlusses der beiden großen Riche sichtlich hervor. Denn ob wir direkt nach jenen Territorien exportiren, denen durch den Berliner Vertrag eine wesentliche Belegung ihrer Produktions- wie ihrer Konsumtionskraft in Aussicht steht, oder ob wir mit unserem Ueberfluß nur einen Nachschub nach Oesterreich erzielen, immer wird der Südosten des europäischen Kontinents sich zu einem wichtigen Faktor für die Gestaltung unseres Arbeitsmarktes erheben. Allerdings haben wir aber auch schon kurz angedeutet, daß namentlich die Klausel des Frankfurter Friedens uns nöthigt, Frankreich sofort dieselben Konzessionen zu machen, die wir Oesterreich-Ungarn gewähren — eine Schwierigkeit, welche zu überwinden vorläufig noch keine Aussicht vorhanden ist. Sodann aber bleibt Eines unter allen Umständen tief zu beklagen, daß man nämlich den Umschwung unserer Zollpolitik komplizirt hat mit einem Umschwunge in der Eisenbahnpolitik. Wir verhandeln über den Anlauf der Bahnen durch den Staat, ohne ein Eisenbahn-Tarifgesetz für das Reich zu besitzen und während man augenscheinlich der Aufstellung eines solchen geradezu abgeneigt ist. Wie sehr wir daher auch einen endlichen Abschluß der Beziehungen zwischen uns und Oesterreich wünschen mögen, so müssen wir doch aussprechen, daß der unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu erreichende Abschluß unmöglich auf denjenigen Bedingungen aufgebaut sein kann, welche die Garantie einer gesicherten längeren Dauer in sich tragen. So lange aber diese Garantie fehlt, werden wir auch einer ausgedehnteren Verlängerung des Provisoriums mit Gleichmuth zuschauen.

Die englische Aktion in der Türkei und in Egypten ist vorläufig mit Erfolg gekrönt worden. Wie der Telegraph aus Wien und London meldet, hat die Pforte entschieden eingelenkt und sämmtlichen Botschaftern, nicht nur dem englischen, wurde seitens der türkischen Regierung die Versicherung gegeben, daß das Reformwerk unverweilt beginnen solle und zwar (zur Beruhigung Englands) zuerst in Arien, hernach in Europa. Die englischen Forderungen in Betreff Kleinasien verlängern unter Anderem vom Sultan eine gut organisirte Militz einzurichten und neue Regulative für die Provinz-Gouverneure, welche dieselben vor Serailintriguen schützen. Der Sultan soll ferner eine gewisse Verpflichtung übernehmen, daß die Reformen auch allmählig durchgeführt werden. Vorläufig hat der Sultan den als Türken naturalisirten Engländer Baker Pascha zu seinem persönlichen Vertreter bei der Ueberwachung der Einführung der Reformen in ganz Kleinasien ernannt und im Prinzip die Verantwortlichkeit der Minister anerkannt. Bemerkenswerth ist übrigens, daß Oesterreich und Deutschland sich bei der ganzen Angelegenheit ziemlich passiv verhalten haben. In der ägyptischen Frage scheint sich dagegen die Sachlage etwas anders darzustellen; hier gewinnt es den Anblick, als ob Oesterreich-Deutschland-Italien nicht gewillt sind, ganz passiv zu bleiben. Wenigstens meldet der Londoner Daily-Telegraph, daß Frankreich und England vollständig einig darüber seien, in Egypten die Forderungen der neutralen Mächte zurückzuweisen, welche durch Oesterreich vorgelegt

wurden und darauf hinausgehen, im Namen der auswärtigen Gläubiger einen Einfluß auf die Politik auszuüben. Zugleich hat der Khedive ein Dekret unterzeichnet, welches die englisch-französischen Kommissare Barin und Blignieres ermächtigt, umfassendere Untersuchungen über die Finanzverwaltung vorzunehmen, zugleich wird denselben ein beratende Stimme im ägyptischen Ministerrathe zugestanden. Diese Kommissare haben sich sofort beieilt, dem sehr übelberufenen früheren ägyptischen Finanzminister Nubar Pascha eine freie Rückkehr nach Egypten auszuwirken. Eine Maßregel, die, wenn sie auch noch auf eine Theilnahme Nubar Paschas an den Finanzberathung n ausgebeht werden sollte, kaum gute Früchte tragen würde. Allerdings ist der Genannte wohl der einzige Mann, der außer dem abgesetzten Khedive Ismail genau weiß, wo alle dem L. und E. gestohlenen Millionen geblieben sind. Nach englischen Mittheilungen sollen übrigens Lord Salisbury und Herr Waddington während ihrer jüngsten Zusammenkunft in Dieppe ein Abkommen unterzeichnet haben, wonach sich England und Frankreich gegenseitig verpflichten, Egypten nicht zu okkupiren und keinerlei Vortheile in dem Lande zum gegenseitigen Nachtheile zu suchen. Ferner wird erzählt, der Vertreter Deutschlands in Kairo solle neulich offiziell erklärt haben, er wäre instruiert, jedweden Einwand, der von Oesterreich bezüglich der englisch-französischen Verwaltung Egyptens erhoben werde, zu unterstützen, selbst wenn er eine Opposition im Interesse seines eigenen Landes nicht für nöthig erachten dürfte.

Berlin. Aus zuverlässigster Quelle gehen uns über den gegenwärtigen Stand der Hebungsarbeiten beim Panzerschiff „Großer Kurfürst“ folgende Mittheilungen zu: „Es ist richtig, daß das Schiff vor dem Bed festgemacht ist und zwar durch 3 Schrauben, welche erst im Kumpfe des Schiffes befestigt sind, als dann ist das Schiff aufgebracht und mit Schraubenmuttern fest angeschraubt. Das ist aber auch alles, was is jetzt gemacht ist. Zur Befestigung der Pontons (Ballons) sollen breite Stahl-drahtspannen in den Pforten und Klüsen befestigt werden, welche sich oben auf dem Kiele vereinigen. Dann soll ein Drahtseil vom Vorder- zum Hinterschiffe dem Kiele entlang geführt werden, mit diesem die Spanten verbunden und daran die Pontons angebracht werden. Bei dieser ganzen Arbeit ist jedoch kaum angefangen, viel weniger ist also, wie geschrieben worden, dieselbe schon fertig. Der „Großer Kurfürst“ wird auf keinen Fall in diesem Jahre gehoben werden, denn der erste Bergungsdampfer ist total unbrauchbar geworden, seine Luft- und Wasserpumpen sind entzwei, einer seiner Kessel gesprungen — Wochen und Monate werden vergehen, bis seine Reparatur beendet ist. Die ganzen Arbeiten werden für den Winter eingestellt werden müssen, da jetzt wie schon seit längeren Wochen, der unruhigen Witterung halber, wenig oder fast nichts gearbeitet werden kann.“

Berlin, 20. Novbr. Der Czarewitsch ist nach Petersburg zurückgekehrt und unsere politischen Beziehungen zu Rußland haben keine merkbare Veränderung erfahren, so weit sich derartiges aus dem Verhalten der inspirirten Presse erkennen läßt. Jedenfalls wird erzählt, daß letzten Sonnabend bis Montag Abend ein ungemein reger Depeschverkehr zwischen Berlin und Barzin stattgefunden habe, was für Freunde der telegraphischen Thätigkeit hiermit ausdrücklich konstatiert sei. Im Uebrigen stoßen die mehrfach aufgetauchten Nachrichten über die Truppenanhäufung in Rußisch-Polen, die von der „Köln. Ztg.“ so sensationell signalisirt worden waren, auch neuerdings auf offenen Widerspruch. So kündigt die „Posener Zeitung“, die als Grenzblatt doch ihre ständige Verbindung in Polen hat: „Trotz der Bestimmtheit, mit welcher das rheinische Organ seine Nachricht auftrug, können wir nicht umhin, zu vermuthen, daß die „R. Z.“ diesmal das Opfer einer groben Mystification geworden ist. Nach unseren Informationen verlautet von solchen formidablen Truppenanhäufungen nichts. Es dürfte Rußland wohl ziemlich schwer fallen, hundert Regimenter Infanterie ohne Wäters auf die Beine zu bringen und geräuschlos nach Rußisch-Polen zu dirigiren, so daß das ganze Land damit überfluthet würde. Obwohl wir mit vielen Städten Kongreß-Polens Beziehungen unterhalten, ist uns doch bis jetzt noch nichts über solche Truppenanhäufungen berichtet worden.“ Es wird nun abzuwarten sein, welche Aufklärungen direkt von Rußland darüber anlangen werden. Inzwischen sind, wie die „Magdeburger Zeitung“ wissen will, die stellenweise von den Offizieren geförderten Bemühungen, das gespannte Verhältniß zwischen der deutschen und russischen Zollverwaltung möglichst in Abrede zu stellen, ziemlich vergeblich geblieben. Nicht nur in Bezug auf die Dampfschiffahrt treten Differenzen hervor, auch sonst machen sich allerlei Placereien geltend. Unter Anderem werden Waarenproben, welche mit der Post versendet werden, von der russischen Regierung untersucht und zollamtlich behandelt. Es werden darüber selbstverständlich Beschwerden geführt werden, ob aber mit mehr Erfolg wie in anderen ähnlichen Fragen, erscheint mindestens fraglich. Daraus aber geht ohne Zweifel hervor, daß die russischerseits gehegte Hoffnung, die Inhibirung der Fahrten russischer Schiffe auf dem preussischen Nimen alsbald wieder aufgehoben zu sehen, hoffentlich verfrucht ist.

Offiziös wird geschrieben: Beim Paketverkehr mit Rußland hat sich oft gezeigt, daß die Verpackung undauerhaft ist und namentlich der längeren Beförderung nicht entspricht. Das Generalpostamt hat daher

die Post
Fahrpost
zu achten
den neu
noch im
fahren
flavisten
So jhre
neuen K
wärtig
Aufregu
ökonom
lität
währen
zeugung
Krieges
man g
schon
Krieg z
von d
erschei
eine ge
Gegner
jere G
setzen,
nicht a
giebig
Grenz
sächsi
ernam
Nachm
Abweh
trittsa
glaub
wurde
empfa
Wem
mit g
des G
Antwe
fönlid
des M
hat r
Leita
Artik
klage
teur
erster
beim
nam
Guld
hat
Erf
Mon
beide
regel
betri
wan
gefa
unte
Wad
in d
griff
entg
rege
Chr
mitt
Gr
war
Ma
um
grü
und
De
St
fab
Ar
mit
Pa
„G
gel
Ab
sel
Be
Ar
ein
na
Be
le
N
T
Y
G
H
M

die Postanstalten aufgefordert, strengstens auf die im Fahrposttarife für das Ausland enthaltenen Vorschriften zu achten.

In Rußland nimmt die Aufregung gegenüber den neuartigen Eventualitäten in der internationalen Lage noch immer zu. Die Größe der Vorkämpfer und der Gefahren tritt aller Welt ins Bewußtsein, selbst die Pan-Slavisten treten aus der Region der bloßen Träume heraus. So schreibt die „Neue Zeit“: „Kann man im Ernste einen neuen Krieg befürchten? Das ist die Frage, welche gegenwärtig die ganze russische Gesellschaft interessiert und in Aufregung versetzt. — Weder das russische Volk, noch die russische Regierung wünschen den Krieg; unsere schwierige ökonomische Lage nöthigt uns sogar, für die Stabilität des allgemeinen europäischen Friedens zu sorgen, während mit jedem Tage, mit jeder Stunde die Ueberzeugung von der Wahrscheinlichkeit eines neuen ernstlichen Krieges sich befestigt und wachst. Im Westen zweifelt man gleichfalls an der Dauerhaftigkeit des Friedens, ob schon man seit davon überzeugt ist, daß Rußland den Krieg zu vermeiden wünscht. Und eben diese Ueberzeugung von der äußerst friedliebenden Stimmung Rußlands erscheint leider unter den obwaltenden Verhältnissen als eine gefährliche Bedrohung des Friedens. Wenn unsere Gegner demnach nicht begreifen, daß sie, indem sie unsere Geduld mißbrauchen, die Ruhe Europa's aufs Spiel setzen, so kann man die Befürchtung eines neuen Krieges nicht als etwas völlig Unbegreifliches ansehen. Wie nachgiebig Rußland auch sein mag, so giebt es doch eine Grenze, über welche dasselbe nicht hinausgehen kann.“

Weimar, 17. November. Der zum Vertreter des sächsischen Königshauses am großherzoglichen Hofe neuer ernannte Gesandte, Herr von Mindwiz, wurde heute Nachmittag von dem Großherzog, der gestern nach längerer Abwesenheit hierher zurückgekehrt ist, in feierlicher Antrittsaudienz empfangen und hatte die Ehre, seine Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Unmittelbar darauf wurde Herr von Mindwiz von der Frau Großherzogin empfangen und zur großherzoglichen Tafel gezogen. In Weimar ist die Ernennung des Herrn von Mindwiz mit größter Freude auch außerhalb der engeren Kreise des Hofes begrüßt worden. An früherer mehrjähriger Anwesenheit hier hatte man seiner ausgezeichneten Persönlichkeit das beste Andenken bewahrt.

Der Prozeß gegen Dr. Guido Weiß wegen des Artikels über das Hölische Attentat in der „Waage“ hat noch ein Nachspiel in Breslau gehabt. In einem Leitartikel der „Schles. Volkszeitung“ war der Weiß'sche Artikel reproduziert, weshalb der Staatsanwalt die Anklage auf Grund des § 97 gegen den damaligen Redakteur des ultramontanen Blattes C. A. Otto erhob. In erster Instanz erfolgte die Freisprechung, dagegen wurde beim Staatsanwalt die Appellation eingelegt, die sich namentlich auf die rechtskräftige Verurtheilung des Dr. Guido Weiß stützte. Das Oberlandesgericht in Breslau hat dem Antrage entsprechend, das erste freisprechende Erkenntnis abgeändert und den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt, ihm auch die Kosten beider Instanzen zur Last gelegt.

Gydkuhnen, 18. Novbr. Trotz der scharfen Maßregeln an der Grenze wird der Schmuggel-Handel flott betrieben. So ist gestern wieder eine Schmuggler-Karawane mit Seidenwaaren in die Hände der Kosaken gefallen; jedoch nur der Hauptanführer ist entwischt unter Zurücklassung seines Pferdes; der Werth der Waaren beträgt über 250,000 Rubel, welche der Behörde in die Hände gefallen sind. Fünf Schlepper, welche ergriffen wurden, werden ihrer Strafe in Sibirien wohl entgegengehen. Rußland gedenkt noch schärfere Maßregel gegen dieses Meier zu ergreifen.

Strasbourg i. G., 18. Nov. Die Erzherzogin Marie Christine von Oesterreich ist heute Nachmittag um 5 Uhr mittels Extrazuges inkognito unter dem Namen einer Gräfin Selowitz hier eingetroffen. Auf dem Bahnhofe waren auf Befehl des Kaisers der Statthalter Frhr. v. Manteuffel, in Begleitung des Obersten Stranz erschienen, um im Namen des Kaisers die hohe Reisende zu begrüßen, ihr Glückwünsche für die Zukunft zu übermitteln und zugleich ein Schreiben des Kaisers zu überreichen. Der Statthalter, welcher das Band und den Stern des St. Stephansordens trug, geleitete die Erzherzogin Elisabeth, die Mutter der Erzherzogin Marie Christine, am Arme zum Wagen. Die Abreise erfolgt morgen Vormittag. Die Herrschaften nahmen im Gasthof „Stadt Paris“ Wohnung.

Paris, 17. Novbr. Die „Korr. Havas“ meldet: „Erkundigungen, die im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eingelegt wurden, lassen die Nachricht von Abd-el-Kader's Tode unbegründet erscheinen. Wäre derselbe erfolgt, so hätten die Konsuln von Damaskus und Beyrut nicht verfehlt, den Minister der auswärtigen Angelegenheiten davon zu benachrichtigen.“

Belgrad. Zwischen der Pforte und der serbischen Regierung steht, wie die Wiener „D. Bzt.“ wissen will, ein neuer Konflikt bevor. Die serbische Regierung hatte nach Errichtung ihrer autocephalen Kirche dem serbischen Patriarchen den Titel: „Patriarch von Detshan“ beigelegt. Mittels einer an die serbische Regierung gelangten Note protestirt jetzt die Pforte gegen den Gebrauch dieses Titels. Das Kloster Detshan liegt zwischen Syet und Jakova, somit auf altserbischem, der Türkei gehörigem Gebiete und der Titel: „Patriarch von Detshan“ deutet klar auf die Aspirationen der serbischen Regierung auf Altserbien hin. Die Pforte erhebe dagegen Protest und

sie ersuche die serbische Regierung, die Bezeichnung „von Detshan“ aufzugeben. Die serbische Regierung ist angeblich entschlossen, diesem Begehren keine Folge zu geben.

Zur Verstärkung des deutschen Heeres.

Heeresverstärkung — wem erregt dieses Wort nicht ein Gefühl, welches, wenn auch nicht gerade mit Grauen, so aber doch gewiß mit „banger Ahnung“ viel Aehnlichkeit hat? Und doch tritt dieses Wort immer von Neuem in den Vordergrund der Tagesfragen. In Frankreich ist die schon unmittelbar nach der erlittenen Niederlage von 1870/71 ausgegebene Parole „Heeresverstärkung“ noch bis zu dieser Stunde in Geltung und in jeder Session der Deputirtenkammer bewilligen die Vertreter des französischen Volkes die weitgehendsten Mittel, um die französische Kriegsmacht auf eine Höhe zu bringen, wie sie kein anderer Staat aufzuweisen hat. Nicht minder ist man in Rußland bemüht, die durch den letzten orientalischen Krieg entstandenen oder entdeckten Mängel des russischen Heerwesens zu ergänzen und die Militärmacht zu seinem colossalen Umfange ins Verhältnis zu bringen. In Oesterreich-Ungarn nimmt die Heeresfrage gegenwärtig die ganze Thätigkeit des Abgeordnetenhauses in Anspruch und wird nicht anders als mit Bewilligung der von der Regierung verlangten Mittel zur Verstärkung des österreichischen Heeres erledigt werden. — Wäre es da nicht verwundern, wenn diese Frage nicht auch in Deutschland sich von selbst wieder in den Vordergrund drängte? Unter den erwähnten Umständen ist es wohl auch am Platze, die Berechtigung der erneuten Frage der Heeresverstärkung durch den Hinweis in Zweifel zu ziehen, daß die Anstrengungen zur Vervollständigung der Wehrkraft Deutschlands bezw. Preußens bereits seit zwanzig Jahren andauerten und noch immer nicht zum Abschluß gelangt seien. So wahr dieser Hinweis ist, da die Reorganisation einiger Armeecorps, hauptsächlich des 15., bis jetzt unvollendet blieb, um so dringender tritt die Nothwendigkeit an die deutsche Reichsregierung heran, die Heeresfrage einer befriedigenden Lösung entgegen zu führen. Einen äußeren Anlaß zu erneuerter Erörterung dieser Frage bietet der Umstand, daß der siebenjährige Zeitraum, für welchen die Friedensstärke des deutschen Heeres nach § 1 des Reichsmilitärgesetzes festgestellt war, mit dem 31. December 1880 abläuft. — Soviel nun bis jetzt über die Art und Weise der nothwendigen Heeresverstärkung verlautet, so soll dieselbe keine außerordentliche, sondern eine naturgemäße sein. Die Feststellung der Präsenzstärke des deutschen Heeres erfolgte s. Z. dem Art. 60 der Reichsverfassung zufolge auf Grund des Bevölkerungsstandes im Jahre 1867. Die Einwohnerzahl des deutschen Reiches hat sich in dem verflohenen Zeitraum von 13 Jahren aber um etwa 1 3/4 bis 2 Millionen erhöht und da verfassungsmäßig die Aushebung 1 pCt. der Bevölkerung betragen soll, so ergibt die eingetretene Vermehrung der letzteren einen jährlichen Heereszuwachs von ca. 20,000 Mann, was bei einer 12jährigen Dienstpflicht im Kriegsfalle eine Verstärkung des deutschen Heeres von wenigstens 200,000 Mann ausmachen würde. — Die erhöhte Rekrutierung soll zur Bildung von 8 neuen Infanterie- und 3 Cavallerie-Regimentern verwendet werden und das Material zu einem neuen Armeekorps abgeben. Ferner wird die Artillerie eine Verstärkung erfahren. Hat sich auch die deutsche Artillerie in dem Kriege mit Frankreich als durchaus tüchtig erwiesen, so ist es bei den gegenwärtigen Anstrengungen in der Neuzeit doch durchaus geboten, der deutschen Artillerie alle Pflege angedeihen zu lassen, wenn ihr die Suprematie gewahrt werden soll. Es ist zunächst die Bildung von 60 neuen Batterien in Aussicht genommen, die zusammen mit der Reserve-Artillerie 6 Regimentern mit Artillerie versehen, resp. diese verdoppeln würden. — Die Mehrkosten für diese neuen Truppenkörper werden sich auf etwa 20 Millionen Mark belaufen, deren Bewilligung durch den Bundesrath, sowie durch den Reichstag kaum bezweifelt werden kann. Deutschlands Lage zwischen 2 mächtigen Staaten wie Frankreich und Rußland, von denen der erstere seine Absicht unverhohlen ausdrückt, die durch Deutschland erlittene Demüthigung so bald wie möglich zu vergelten, während der andere seinen Groll über gestaute Erwartungen auch nur schlecht zu verbergen vermag, läßt es als ein Gebot der Nothwendigkeit erscheinen, daß die deutsche Wehrkraft beständig auf einer Höhe erhalten wird, um allen böswilligen Absichten derartiger Nachbarn die Spitze bieten zu können — das einzige, aber auch wirksame Mittel, um die bösen Absichten nicht zu Thaten werden zu lassen.

Volks- und Landwirthschaftliches.

Petroleum als Maschinen-Reinigungsmittel. Es bleibt bei der Anwendung der Maschinen in der Landwirtschaft immer ein großer Uebelstand, daß die Handhabung, Reinigung und Instandhaltung derselben oft mangelhaft unterrichteten Personen überlassen werden muß. Zugleich ist die Unterbrechung des Gebrauches dieser so complicirt zusammengesetzten Instrumente nicht dienlich, und der Staub, sowie die Aufstellung im Freien bei Dreschmaschinen, Öpeln und Locomobilen ist dem reinlichen Gang aller Theile selten förderlich. Dabei setzt selbst das beste Schmieröl in Verbindung mit Staub Verkleisterungen und Verhärtungen an, so daß öfter ein Auseinandernehmen der Theile und ein Reinigen der Lager durch Feuer nöthig wird. Wir sind aber im

Stande, alle Maschinenbesitzer darauf aufmerksam zu machen, daß sich zum Zweck der gründlichsten und vollkommensten Reinigung aller geschmierten Theile das Eintröpfeln von gutem, gereinigtem Petroleum besten bewährt hat. Es ist dabei gar kein Auseinandernehmen nöthig, und wenn z. B. eine Dreschmaschine, nachdem sie drei bis vier Monate gestanden, wieder in Gang gesetzt werden soll, so gießt man die Schmierlöcher, wie bei gewöhnlicher Schmierung, mit Petroleum voll, läßt die Maschine eine Minute gehen und wiederholt das Eingießen noch einigemal. Das Petroleum frißt sofort allen Schmutz heraus, so daß selbst die dicksten Lagen der Verkleisterung spurlos verschwinden. Hiernach nimmt man wieder das gewöhnliche Schmieröl.

Aus der Lithographischen Anstalt von Fedor Göthel in Dschag ist ein landschaftliches Bild der Rgl. Sächs. Landes-Anstalten Hubertusburg hervorgegangen, welches eine herrliche Ansicht dieses Schlosses und seiner Umgebung, wie der ganzen dortigen, so reizenden Gegend in wohlgeungener Ausführung giebt. Aus der Vogelperspective aufgenommen, sieht man nicht nur den ganzen großartigen Schloßcomplex, der so viele historische Erinnerungen wachzurufen vermag, wenn man die Geschichte unseres Vaterlandes recapitulirt und der jetzt so viele Errungenschaften staatlicher Anstalten für Versorgung unglücklicher, Gebrechlicher, Alter und Schwacher umschließt, sondern die weiteste landschaftliche Umgebung ist noch mit in den Rahmen des Bildes aufgenommen, so daß es durch seine correcte Ausführung wohl geeignet ist, eine Zimmerzierde abzugeben, die sich um so werthvoller gestalten dürfte, wenn sich irgend eine Erinnerung an den Ort und seine Umgebung knüpft. Gewiß wird mancher Leser dieser Zeilen sich an dortige Gegend erinnern und glauben wir mit dem Hinweise auf das künstlerische Blatt seinem Berufstiger, und wer es anzuschaffen gedenkt, zu dienen.

Zum Todtenteste.

Wie ernst und mahnend tönet heute Der Glocken feierlich Geläute,
Das laut zu unserm Herzen spricht:
„Wir laden Euch zur Todtenfeier,
„Kommt zu den Gräbern, die euch theuer,
„Vergesst der Geschiednen nicht!“

Und Viele, die den Ruf vernommen,
Sie werden heute trauernd kommen
Zum Friedhof und zum Gotteshaus.
Ward doch in dieses Jahres Tagen
So Mancher wieder fortgetragen
Zum kühlen, stillen Grab hinaus.

Manch theures Kind ist hingeshieden.
Das seinen Eltern ja hinieden
Nur Freude, Glück und Hoffnung war.
So manche Mutter, mancher Vater
Und Gatten, Freunde und Berather,
Nief fort der Tod auch dieses Jahr.

Heut wird nun unter heißen Thränen
Erwachen neu der Wehmuth Sehnen,
Erwachen neu auch alter Schmerz,
O, daß dann Jeder, der hier klage,
Hinauf zum Lenker unsrer Tage
Erhebe fromm sein bangend Herz.

Doch wer hier glücklich noch zu preisen,
Sei mild mit Wittwen und mit Waisen,
Theil' gern der Tiefbetrübten Leid.
Die Theuren, die uns Gott gelassen,
Laßt uns mit neuer Lieb' umfassen;
Wer weiß, wie nah' die Trennungszeit!

Anna B.

Kirchennachrichten.

Parochie Pulsnitz.

Dom. XXIV. p. Trin., Todtenfest,
predigt Born. Herr Oberpfarrer Dr. phil. Richter,
Nachm. Herr Diaconus Großmann.

Die Beichtrede hält der Letztere.
Geistlicher Gesang: Mag auch die Liebe weinen —
für Männerchor.

Parochie Königsbrück.

Dom. XXIV. p. Trin., den 23. November 1879.
(Gebächtnistag der Entschlafenen.)
Vormittags predigt Herr P. Schneider aus Hödendorf.
Nachmittags Missionsstunde.
Früh 8 Uhr Beichte und Communion.

Sparcasse Königsbrück, geöffnet jeden Sonntag
abend von Vormittags 9 bis 1 Uhr; Zinsfuß für Kapital-
Einlagen 4%.

